

# Europatelegramm

Informationen von Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP (SPD)



Ausgabe 2/2023, #35

S&D

WIR IN  
EUROPA

## Die Eskalationsspirale dreht sich weiter

Die jüngsten Entwicklungen im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind zutiefst beunruhigend. Moskau setzt seine kriegsverbrecherischen Angriffe auf die zivile Infrastruktur der Ukraine fort, täglich werden Menschen getötet, Städte wie Bachmut vollkommen zerstört. Taktische Atomwaffen sollen in Belarus stationiert werden. Kiew beginnt die militärische Offensive. Zugleich öffnet der Westen die Tore zur Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen. Bis vor Kurzem wurde dies noch als eine rote Linie formuliert. Mit dem weiteren Verlauf des Kriegs ist damit zu rechnen, dass die Ukraine auch den Einsatz der NATO durch Entsendung von Soldaten fordern wird. Der polnische Botschafter in Frankreich bemerkte diesbezüglich, dass Polen im Falle einer ukrainischen Niederlage in den Konflikt eintreten müsse. Auch wenn er davon mittlerweile zurückgerudert ist, zeigt dies das Eskalationspotenzial.

Darüber hinaus wird verstärkt über eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine diskutiert. Die rechten Fraktionen im Europäischen Parlament haben bereits angekündigt, dies in der nächsten Plenarsitzung als bestimmendes Thema zu diskutieren. Bedenken diesbezüglich äußerte selbst die konservative FAZ am 1. Juni: „Anders als bei Waffenlieferungen verläuft hier wirklich eine rote Linie: Derzeit würde jede Form von formaler Beistandserklärung den Westen selbst in den Krieg ziehen oder, falls sie nicht erfüllt wird, die Abschreckung der NATO unglaubwürdig machen.“ Aber wie lange hält diese rote Linie?

Der Krieg hat sich mittlerweile auf russisches Territorium ausgeweitet. Einige Drohnen griffen Wohnhäuser in Moskau an. Die Ukraine streitet ab, dafür verantwortlich zu sein. Der Berater des ukrainischen Präsidentschafts Mychajlo Podoljak sah die Drohneneinschläge mit Wohlgefallen. Er sagte sogar voraus, dass sie zunehmen werden und deutete damit an, in die Pläne der Verantwortlichen eingeweiht zu sein.

Damit gerät die Ukraine kommunikativ in eine schwierige Lage. Es gibt einen Unterschied zwischen Angriffen auf russische Munitionsdepots und Wohnhäuser. Laut Kriegsrecht ist es erlaubt, militärische Ziele im Land des Aggressors anzugreifen, jedoch ist es verboten, zivile Ziele zu attackieren. Das bleibt auch so, wenn Russland seit Monaten mit Kampfdrohnen zivile Ziele zerstört und ukrainische Zivilist\*innen tötet. Außerdem liefert die Ukraine Russland einen Vorwand, den Krieg zu rechtfertigen.

Ebenso sind die Angriffe auf Belgorod beunruhigend. Auch hier brannten Wohnhäuser. Laut DIE ZEIT vom 1. Juni sind daran



militante Neonazis mit ihren Freiwilligen-Korps beteiligt. Einer ihrer Anführer ist ein europaweit berühmter Rechtsextremist, dem für den Zeitraum von zehn Jahren untersagt wurde, den Schengenraum zu betreten. Die Begründung lautet: „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“. Damit gerät die Ukraine in ein weiteres Dilemma. Kiew setzt damit das eigene Image und einen Teil der westlichen Unterstützung aufs Spiel, solange die Regierung sich nicht davon distanzieret.

Seit langem wird befürchtet, dass die Ukraine mit den an sie gelieferten Waffensystemen russisches Gebiet angreifen. Der Einsatz US-amerikanischer Humvees und anderer gepanzerter Kampffahrzeuge unter der Kontrolle militanter Gruppierungen bei den Kämpfen auf russischem Territorium in Belgorod erhöht das Risiko einer direkten Kriegsbeteiligung der NATO.

Jeffrey Sachs von der Columbia Universität in den USA und ehemaliger Berater von drei UN-Generalsekretären meinte: „Die Leitmedien erzählen uns, wir sollten uns nicht vor einem Atomkrieg fürchten, aber lasst es mich sagen: Seid besorgt!“ Deswegen muss endlich ein Ausweg aus diesem schrecklichen Krieg gefunden werden. Es müssen mehr diplomatische Initiativen gestartet werden, um so schnell wie möglich einen Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen zu erreichen.

Text: Prof. Dr. Dietmar Köster, Stand: 6.6.2023



## Hybride Kriegsführung

### Neue Bedrohung für Europa oder alte Gefahren neu verpackt?

Traditionell wird mit dem Begriff „Krieg“ eine Situation verbunden, in der Staaten einen Konflikt militärisch austragen. Hybride Kriegsführung hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass der Ausgang des Konflikts nicht zwangsläufig durch Waffengewalt entschieden wird. Es geht vielmehr darum, den Widerstand des Gegners durch viele verschiedene kleinere Angriffe soweit zu brechen, dass dieser nicht mehr dazu in der Lage ist, sich zu widersetzen.

Das schließt eine militärische Eskalation zwar nicht aus, beinhaltet aber vor allem zivile und leichter umsetzbare Maßnahmen. Dazu gehören beispielsweise die Manipulation kritischer Infrastrukturen, wie Wasserwerke oder Krankenhäuser, und mediale Desinformationskampagnen. Die Globalisierung und der technologische Fortschritt bieten aufgrund neuer Technologien wie künstliche Intelligenz viele Möglichkeiten auch für nicht-staatliche Akteure, hybride Angriffe durchzuführen.

Allerdings ist der Einsatz unkonventioneller Mittel nichts Neues, was schon das Beispiel des Trojanischen Pferdes in der Antike zeigt. Heutzutage handelt es sich beispielsweise hingegen um Hackerangriffe, gezielte Medienmanipulationen durch rechtsextremistische

Parteien oder die Instrumentalisierung von Migrant\*innen als Druckmittel. Insbesondere Soziale Netzwerke bieten eine Plattform für die Verbreitung von Desinformation und den Missbrauch von Daten, was zur Beeinflussung von Wähler\*innen führt. Vor allem liberale Demokratien sind, aufgrund der Offenheit demokratischer Prozesse, anfällig für hybride Kriegsführung. Autokratische Systeme haben dagegen den „Vorteil“, dass sie schneller handeln können, ohne sich um Legitimierung oder Rechtsstaatlichkeit kümmern zu müssen.

Die Bekämpfung hybrider Kriegsführung erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber hybriden Angriffen stärken muss. In dieser Hinsicht sind wirtschaftliche, soziale und bildungspolitische Maßnahmen von großer Bedeutung, um die Verwundbarkeiten von Menschen und Staaten zu verringern.



Text: William Tovarovski

## Neues aus dem Europaparlament

Unter der Regierung des Königs von Bahrain werden Menschenrechte missachtet. In einem Brief appellierte Dietmar mit anderen Abgeordneten, alle willkürlich Inhaftierten sofort freizulassen.

Im Mai stand die Lage im Sudan auf der Tagesordnung. Seit Mitte April kämpfen die paramilitärischen Rapid Support Forces gegen die sudanesischen Armee. Der Westen reagiert mit Forderungen nach einem Waffenstillstand. Das ist richtig und wichtig. Wieso aber lösen die gleichen Forderungen im Ukraine-Krieg so viel Gegenwind aus?

Lieber spät als nie! Die EU ratifizierte endlich die Istanbul-Konvention. Doch nicht nur die Ratifizierung, sondern auch die Umsetzung ist essenziell. Frauen und Mädchen sind Opfer von Gewalt. Die Istanbul-Konvention bietet einen Rechtsrahmen, um Täter zu bestrafen und Opfer zu unterstützen.

Menschenrechte und Umweltschutz sollen der Standard für Produkte auf dem EU-Markt werden. Am 1. Juni stimmte das Parlament gegen die Stimmen der Konservativen für ein neues Lieferkettengesetz. Das Mandat ist die Grundlage für die Verhandlungen mit dem Rat.

Text: Dr. Sonja Grabowsky





## Die Türkei am Abgrund von Autokratie und Nationalismus

Die letzten Wahlen in der Türkei sollten einem autoritären Regime eine „demokratische“ Legitimation verschaffen. Das autokratische Regime Erdoğan hat alle Möglichkeiten des Staates und seiner Institutionen in die Waagschale geworfen, um wiedergewählt zu werden. Die Demokratische Partei der Völker (HDP), bis zu diesen Wahlen zweitstärkste Oppositionspartei und drittstärkste Kraft im Parlament, konnte aufgrund systematischer Repressionen und politisch motivierter Verfahren nicht unter ihrem eigenen Parteilabel an den letzten Wahlen teilnehmen, sondern musste ihre Kandidat\*innen über eine ihrer Mitgliedsparteien, die Partei der Grünen Linken, aufstellen. Allein dieser Umstand verdeutlicht den undemokratischen Charakter der Wahl. Trotz dieser Umstände stimmte die kurdische Bevölkerung in der Türkei in 13 Städten mit bis zu 70% gegen Erdoğan, während die Hälfte der türkischen Bevölkerung für eine verrottete Autokratie im Namen der „Demokratie“ stimmte.

Die letzten Freiräume in der Türkei werden in den kommenden Jahren immer weiter eingeschränkt werden. Wirtschaftlich, gesellschaftlich, innenpolitisch und damit auch außenpolitisch wird es die Türkei noch schwerer haben als bisher. Die Beziehungen zum Westen und Europa werden aufgrund der engen Verbindungen zu Putin und den Golfstaaten nicht einfacher werden. Gleichzeitig wird der neue und alte türkische Präsident gegenüber der EU

auf eine Fortsetzung seiner Erpressungspolitik setzen, wie er sie bei der Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder beim EU-Türkei-Flüchtlingsdeal eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat.

Die EU hingegen sollte sich nicht auf diese Form der Politik einlassen. Denn dann spielt sie nach den Regeln eines autokratischen Regimes. Und bei jedem Kompromiss mit Erdoğan werden die Kurden, die Aleviten, die Nicht-Muslime und die Nicht-Türken in der Türkei die Leidtragenden sein. Insofern wird in einer von Erdoğan institutionalisierten Autokratie die gespaltene, von Nationalismus und Ängsten gefesselte Gesellschaft von nun an einen Rückschritt nach dem anderen erleben, bis sie den Mut für ein Eintreten für die Demokratie findet. Von Europa sollte der Impuls ausgehen, die in die Enge getriebenen demokratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen. Denn eine demokratische Türkei kann auch ein verlässlicher Partner für Europa und den Westen sein. Die HDP und mit ihr die Grüne Linkspartei stehen als Partner für einen solchen Prozess weiterhin zur Verfügung.



Text: Devriş Çimen

## Aus der Betreuungsregion



In Wetter erläuterte Dietmar die menschenrechtsverachtende Situation von Frauen im Iran. Sein Engagement im Europäischen Parlament und Briefe an Vertreter des Regimes führten dazu, dass das Mullah Regime Dietmar wegen „Anstiftung und Unterstützung von Terror“ auf seine Sanktionsliste genommen hat.

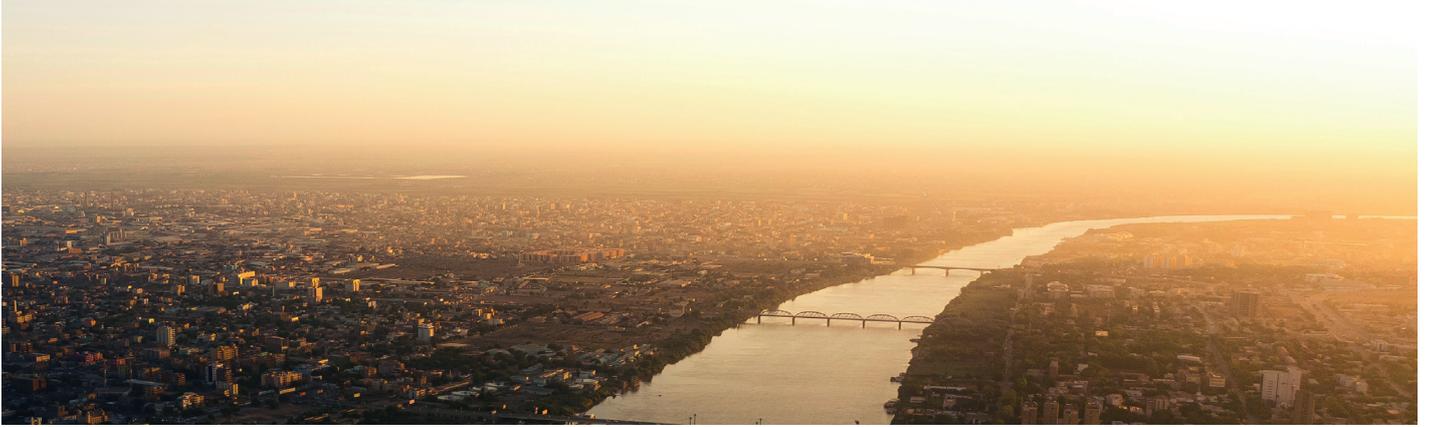
Mit Rohlat, Dayana, Michelle, Ahoéfa, Sophia und Salma nahmen sechs junge Frauen aus Dietmars Betreuungsregion am diesjährigen Girls' Day in Brüssel teil. Ihr politisches Engagement, z. B. in der Schüler\*innenvertretung oder bei der Vernetzung von Frauen und queeren

Personen of Colour, ist beeindruckend.

Dietmars Forderung, dass im Russland-Ukrainekrieg statt Waffenlieferungen die Diplomatie eine größere Rolle spielen muss, erfuhr in Gesprächsrunden in Dortmunder Gesamtschulen von den Schüler\*innen großen Zuspruch.

Die politische Krise in Israel und der israelisch-palästinensischen Beziehungen, ausgelöst durch die weit rechts stehende Regierung, war Diskussionsthema in der Auslandsgesellschaft in Dortmund. Dietmar steht an der Seite der Demonstrierenden in Israel, die sich für die Demokratie engagieren.

Text: Ulla Große-Ruyken



# Auf der Suche nach Sicherheit

## Das Schicksal der Zwangsmigrant\*innen im Sudankrieg

Am 15. April 2023 kam es in Khartoum, der Hauptstadt des Sudan, zu Zusammenstößen zwischen den Sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF), da Uneinigkeit über die Integration der RSF in das Militär als Teil des Übergangs zu einer Zivilregierung herrschte. Forderungen nach einer Zivilregierung und der Entmilitarisierung der RSF prägen den Konflikt seit dem Aufstand im Sudan 2019. Nach dem Aufstand wurde General Mohamed Hamdan Dagalo (Hemeitti), Vorsitzender der RSF, zum stellvertretenden Leiter des Übergangsmilitärrats ernannt und entwickelte sich später zu einem einflussreichen Akteur in der lokalen und internationalen Politik. Seine Ernennung stieß auf sowohl auf Unterstützung als auch Kritik. Einige halten die RSF für notwendig, um die Stabilität aufrechtzuerhalten, die Grenzen des Sudan zu schützen und die Migrationsrouten nach Europa zu verwalten.

Der aktuelle Konflikt hat negative Auswirkungen auf die binnenländische und grenzüberschreitende Mobilität. Bereits vor dem Konflikt benötigte ein Drittel der sudanesischen Bevölkerung humanitäre Hilfe. Seitdem hat sich die Situation verschärft, und die Zahl der Binnenvertriebenen ist um etwa 1,4 Millionen gestiegen. Während mehrere Länder ihre Grenzen schlossen, nahm Ägypten Tausende Flüchtende auf. Die Visabestimmungen erlauben jedoch nur Frauen und Kindern unter 16 Jahren die visafreie Einreise, während Männer und Jungen zwischen 16 und 49 Jahren ein Visum benötigen. Aufgrund dieser Vorschriften saßen Tausende Männer und Jungen an der ägyptischen Grenze fest und warteten tage-, manchmal sogar wochenlang auf die Erlaubnis, einreisen zu dürfen. Dies führte dazu, dass vor allem Frauen die Flucht organisierten. Viele sudanesischen Männer zögerten aufgrund der langen

und kostspieligen Wartezeit, die Grenze nach Ägypten zu überqueren. Sie schickten ihre Frauen bzw. weiblichen Verwandten nach Ägypten oder hinderten sie ganz daran, alleine zu reisen. In beiden Fällen schwankten Frauen zwischen der Entscheidung, mit ihren Kindern in einem Konfliktgebiet zu verbleiben und den Unsicherheiten und Gefahren einer Flucht.

Die sichere Mobilität von Frauen und schutzbedürftigen Gruppen muss in allen nationalen und internationalen Schutzplänen oberste Priorität haben. Angesichts der aktiven Beteiligung Deutschlands am Khartoum-Prozess und der jüngsten Ankündigung einer Feministischen Außenpolitik muss Deutschland den eigenen Worten Taten folgen lassen und erhebliche Beiträge zu grenzüberschreitenden Operationen und zur Umsiedlung neu vertriebener Flüchtlinge leisten. Solche Initiativen müssen bewusst die intersektionalen, das bedeutet durch Mehrfachdiskriminierungen bedingte, und geschlechtsspezifischen Erfahrungen von Flüchtlingen anerkennen und berücksichtigen.



Text: Azza M. B. Ahmed, PhD (l.) und Serwah Prempeh (r.)



Impressum  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
(V.i.S.d.P.):  
Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP  
c/o: Europabüro Dietmar Köster  
Königstraße 69a  
58300 Wetter (Ruhr)

Redaktion: Dr. Sonja Grabowsky, Lisa  
Storck  
Layout: ideenkarussell.de  
Auflage: 2.000  
Alle Rechte des Europatelegramms, mit  
Ausnahme der gekennzeichneten Inhalte,  
liegen bei Dietmar Köster, MdEP.

